



Quelle

„Denen mußte es mal gezeigt werden“. *Spiegel*-Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (April 1975)¹

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, Sie sind der erste deutsche Regierungschef, der eine Entscheidung über Leben oder Tod zu treffen hatte. Es hat drei Tote gegeben in Stockholm, und es hätte mehr Blut fließen können. Warum war Ihnen dieses Risiko nicht zu hoch?

SCHMIDT: Sie haben recht, man mußte das Risiko für das Leben einer Reihe von Menschen, die dort in diesem Botschaftsgebäude als Geiseln gehalten wurden, abwägen. Man mußte auf der anderen Seite abwägen, daß die Gefährdung des Lebens für eine viel größere Zahl von Personen dann eingetreten wäre, wenn wir tatsächlich auf die Forderungen dieser Verbrecher eingegangen wären und 26 Gewaltverbrecher aus deutschen Gefängnissen in die Freiheit entlassen hätten. Wenn man beide Rechtsgüter gegeneinander abwägt, dann mag man auch zu anderen Ergebnissen kommen. Die Bundesregierung jedenfalls ist zu dem mutigen Ergebnis gekommen, daß die Aufrechterhaltung der Schutzfunktion des Staates Vorrang haben mußte.

SPIEGEL: Sie haben sich im Fall Peter Lorenz zumindest anfänglich für Härte eingesetzt. Hätte Unnachgiebigkeit in Berlin möglicherweise den Fall Stockholm verhindert, oder gibt es keine Abschreckung?

SCHMIDT: Leute, die bewußt ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, sind so leicht nicht abzuschrecken. Tatsächlich lag der Fall Lorenz insofern leichter, als die damals zur Freigabe verlangten Inhaftierten nicht entfernt dieselbe Gefährdung der Allgemeinheit darstellten, auch von ihren Straftaten her. Er lag aber auch ungünstiger, weil man nicht wußte, wo die Geisel Lorenz sich befand, wo man sie vielleicht hätte befreien können, man auch nicht wußte, wo die Entführer waren, die man vielleicht hätte überwältigen können. Im Falle Lorenz wäre wahrscheinlich eine andere als die damals getroffene Entscheidung mit einem sehr viel höheren Risiko für das Leben der einen Geisel verbunden gewesen, als die gestern im Falle Stockholm getroffene Entscheidung mit Risiko für die zehn oder elf Menschen – wie viele es genau waren, wußten wir ja nicht – in dem Augenblick bedeutet hat.

SPIEGEL: Hat eine Rolle gespielt, daß es sich bei der Geisel in Berlin um einen Politiker handelte und bei den Geiseln in Stockholm um Beamte und Angestellte? Gibt es eine Treuepflicht des Beamten bis zur existentiellen Aufopferung?

SCHMIDT: Es gibt ganz sicher eine besondere Pflicht des Beamten. Aber diese Pflicht gilt nach meiner festen Überzeugung ebenfalls für Politiker, jedenfalls so herausgehobene Politiker, wie zum Beispiel Herr Lorenz auch einer ist.

SPIEGEL: Welchen Einfluß hat die Bundesregierung auf die Vorgänge in Stockholm genommen?

SCHMIDT: Ministerpräsident Palme und ich waren uns völlig darüber klar: Seit wir in der Bundesregierung die Entscheidung getroffen haben, die Forderungen der Verbrecher abzulehnen, daß damit die deutsche Verantwortung endete und daß alles, was nun mehr geschah oder nicht geschah, ausschließlich nach der Vorschriften der schwedischen Verfassung, der schwedischen Gesetze und nach der Verantwortung der schwedischen Regierung zu geschehen hatte.

SPIEGEL: Sind Fehler gemacht worden? Die Terroristen in der Botschaft haben von der Ablehnung ihrer Forderungen erfahren, ohne daß gleichzeitig eine Aktion zur Befreiung der Geiseln einsetzte, sei es durch Verhandlungen über freies Geleit, sei es durch einen Sturm auf die Botschaft.

¹ „Denen mußte es mal gezeigt werden“. *Spiegel*-Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, in: *Der Spiegel* (1975), H. 18, S. 26, URL: <<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/41496436>> (15.09.2014). Transkription durch die Redaktion des Themenportals Europäische Geschichte.

SCHMIDT: Ich kann diese in der Frage verborgene Kritik an dem Verhalten der schwedischen Behörden in keiner Weise teilen. Von den oberen Stockwerken des Hauses aus ist das umliegende Gelände mit Maschinenwaffen mühelos zu bestreichen. Infolgedessen bedurfte gewiß die Vorbereitung einer Erstürmung des Gebäudes sehr sorgfältiger Überlegungen. Die konnte auch nur bei völliger Dunkelheit durchgeführt werden. Und um für ein mögliches polizeiliches Vorgehen dieser Art Zeit zu gewinnen, war es notwendig, vom Ablauf ihres sogenannten Ultimatums an mit den Verbrechern in Kontakt zu treten, zum Beispiel, um ihnen gewisse Angebote zu machen. Dies alles ist geschehen.

SPIEGEL: Also, keiner hat Fehler gemacht?

SCHMIDT: Ich kann von Bonn aus in dem Verfahren der schwedischen Regierung und ihrer Sicherheitsorgane überhaupt keinen Fehler entdecken. Das schließt nicht aus, daß vielleicht doch ein Fehler gemacht worden ist, auch auf unserer Seite.

SPIEGEL: Warum haben Sie nicht einen Bonner Minister nach Stockholm entsandt?

SCHMIDT: Was hätte dieses wohl nützen sollen? Wir haben Kriminalbeamte, Spezialisten auf ihren Gebieten, im Laufe des frühen Nachmittags nach Stockholm entsandt. Wir haben auch einen hohen Beamten des Innenministeriums und des Auswärtigen Amtes geschickt. Im übrigen haben Herr Palme und ich, zum Teil mit Abständen von 20 Minuten, miteinander direkt telephonierte. Wenn wir einen Minister dorthin entsandt hätten, hätte ich erst mit dem telephonieren müssen, der hätte mit Herrn Palme sprechen müssen. Dieses hätte überhaupt keinen Sinn ergeben.

SPIEGEL: Entgegen den Erwartungen waren die Täter von Stockholm nicht bereit, ihr eigenes Leben zu opfern, um sich der Festnahme zu entziehen. Erleichtert diese Erkenntnis in Zukunft die Lösung solcher Probleme?

SCHMIDT: Das kann so sein, das müssen Polizeifachleute beurteilen. Mit Sicherheit haben die Täter sich nicht vorstellen können, daß die deutsche Bundesregierung anders handelte, als sie es sich in ihren erklügelt Plänen ausgedacht hatten. Und infolgedessen waren diese intellektuellen Verbrecher völlig fassungslos, als der schwedische Justizminister ihnen am Telephon mitteilte, Bonn habe ihre sogenannten Forderungen abgelehnt, und ab sofort hätten sie es nur noch mit der schwedischen Regierung zu tun. So war es verabredet, so geschah es. Denen mußte doch mal gezeigt werden, daß es einen Willen gibt, der stärker ist als ihrer.

Spiegel-Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (April 1975). Veröffentlicht im Rahmen des Themenschwerpunkts "Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte". In: Themenportal Europäische Geschichte (2014), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2014/Article=698>>.

Auf diese Quelle bezieht sich ein einführender und erläuternder Essay von Metzler, Gabriele: "Denen mußte es mal gezeigt werden". Antiterrorpolitik als Politik der Männlichkeit. Beitrag zum Themenschwerpunkt "Europäische Geschichte - Geschlechtergeschichte". In: Themenportal Europäische Geschichte (2014), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2014/Article=697>>.